

Sorgen um Beschäftigung und Standorte in der Stahlindustrie IG Metall, Landesregierung und Stahlvereinigung unterzeichnen gemeinsame Erklärung

Die Stahlindustrie in Niedersachsen bietet an ihren Standorten in Salzgitter, Peine, Georgsmarienhütte und Lingen über zehntausend Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen. Bei Kunden und Lieferanten hängen tausende weitere Arbeitsplätze vom Wohlergehen der Branche ab.

Aktuell brauen sich dunkle Wolken über der Stahlindustrie zusammen.

Zum einen drohen erhebliche Belastungen aus den geplanten Änderungen im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik (Emissionshandel, EEG), zum anderen drängen chinesische Exporteure mit sehr billigem Stahl auf den europäischen Markt. Die Mehrbelastungen und das Preisdumping durch chinesische Importe sind durch die Stahlindustrie allein nicht zu bewältigen.

Ohne einen politischen Kurswechsel drohen tausende Arbeitsplätze verloren zu gehen.

Besonders absurd: wenn die Stahlproduktion in Europa wegen der

Mehrbelastungen und billigster Importe zurückgeht, ist der Umwelt überhaupt nicht geholfen. Die Anlagen in China und anderswo liegen bei den Umweltstandards hinter europäischen Werten zurück. Deshalb haben die Stahlbelegschaften in ganz Deutschland bereits in der letzten Januar-Woche Aktionen zum Erhalt der Standorte und der Beschäftigung gestartet. Aber das reicht nicht aus – der Druck muss noch erhöht werden.

Stahlgipfel in Niedersachsen

Zu diesem Zweck haben sich die niedersächsische Landesregierung, die IG Metall und die Wirtschaftsvereinigung Stahl auf eine gemeinsame Erklärung verständigt. Mit dieser Erklärung soll jetzt für die Anliegen der Beschäftigten in der Stahlbranche geworben werden. Denn: auch wenn sich alle Seiten in der Branche und im Land einig sind – entscheidend ist am Ende, dass auch die Politik in Berlin und Brüssel mitzieht.

Wesentliche Forderungen der Gemeinsamen Erklärung:

- Schnelles und wirksames Vorgehen der EU gegen Dumpingimporte
- Keine zusätzlichen Belastungen der Branche im Vergleich zum internationalen Wettbewerb durch EEG und Emissionshandel

Die „Gemeinsame Erklärung“ würdigt ausdrücklich auch die Rolle der Mitbestimmung und der Sozialpartner in der Stahlindustrie.

Am Stahldialog im Haus des Wirtschaftsministeriums in Hannover nahmen neben Wirtschaftsminister Olaf Lies und IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine auch die Betriebsräte und IG Metall-Betreuer der Stahlstandorte in Niedersachsen teil.

Mehr Infos: www.igmetall-niedersachsen-anhalt.de

